

Geschenkt täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatlich 30 Pf. (gleich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgezahlt 20 Pf.
Bierfäßchen
90 Pf. frei ins Haus,
60 Pf. bei Abholung,
Durch alle Postanstalten
1,00 Pf. pro Duotrial, mit
Briefträgerabstiegsgeld
1 Pf. 40 Pf.
Sprechstunden der Redaktion
11—12 Uhr Vorm.
Ritterhagergasse Nr. 4.
XV. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Die billigste Tages-Zeitung

in Danzig ist der „Danziger Courier“ mit reichhaltigem Inhalt, vielen Lokal-Nachrichten und spannenden Romanen.

Der „Danziger Courier“ kostet monatlich

nur 20 Pfennig

bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen. Bei täglicher Zustellung ins Haus nur 30 Pfennig monatlich.

Expedition des „Danziger Courier“,
Ritterhagergasse 4.

Ist die Justiznovelle unannehmbar?

Der Gesetzentwurf in der in zwölf langen Sitzungen beschlossenen Fassung liegt nunmehr vor, und zwar in einer Fassung, welche auch principiellen Gegnern der Berufung die Zustimmung erleichtern würde. Beim Beginn der Verhandlungen haben wir die dunklen Punkte bezeichnet, deren Klärung in der Berathung zu erwarten sei und es ist zu constatiren, daß dieselben befeitigt sind. Die Strafkammern der Landgerichte sollen auch nach Einführung der Berufung in der Besetzung mit fünf Richtern bestimmt werden. In der Strafprozeßordnung ist der Beschluß der Commission, welcher die Bereidigung der Zeugen im Vorverfahren zur Regel machen sollte, wieder befeitigt und endlich ist die für Gorge Berufungsinstanz die Mündlichkeit durch Verleihung der Protokolle u. s. w. aus der ersten Instanz ausgeschlossen. Auch die beabsichtigte Erschwerung des Wiederaufnahmeverfahrens ist befeitigt.

Um die Verbesserungen zu verstehen, welche der Entwurf im Laufe der Reichstagsverhandlungen erfahren hat, muß man die Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Lesung mit der ersten im Jahre 1894 dem Reichstage zugegangenen Vorlage vergleichen. „Als Gneist wenige Monate vor seinem Tode, erzählte die „Nat.-Ztg.“, zum letzten Mal in unserem Redaktionsbüro war, erkundigte er sich unter starkem Ausdruck der Entrüstung über den Entwurf, wer wohl der Verfasser sei. Die Frage war schwer zu beantworten, denn der Justizminister v. Schelling, während dessen Amtsführung die Novelle ausgearbeitet worden war, galt nicht als ein großer Verehrer der darin enthaltenen hauptsächlichen Vorschläge; man nahm an, daß er sie nur eben habe passieren lassen. Seitdem haben wir einen neuen Justizminister und einen anderen Staatssekretär des Reichsjustizamts erhalten und niemand weiß, ob diese Herren die tiefschreitende Verände-

lung, welche mit der Berufung und den angeblichen Consequenzen derselben im deutschen Gerichtsverfahren erfolgen würde, aus so voller eigener Überzeugung für notwendig und heilsam halten, wie es die Voraussetzung ministerieller Verantwortlichkeit für ein derartiges gesetzgebendes Eingreifen sein muß.“

Unter der Begründung, daß die Rechtsgarantien, welche 1876 namentlich in dem Strafverfahren der liberalen Parteien des Reichstages durchgesetzt hatten, nur als Compensationen für den Wegfall der Berufung anzusehen seien, hatte der Gesetzgeber mit allen diesen Verbesserungen ausgeräumt und mithilfe dem Reichstage zu einem so hohen Preis für die Wiedereinführung der Berufung und für die gesetzliche Regelung der Entschädigung für unschuldig erlittene Strafhaft zu zahlen.

der Vorlage einen großen Theil der Offiziere ausgebrochen; die zweite Commission hat die Arbeit wesentlich vervollständigt; im letzten Augenblick aber, in dem Wunsch, das Gesetz zu Stande zu bringen, eine Reihe von Zugeschriften gebracht, die aber das Plenum wieder zurückgenommen hat. Nach den Erklärungen der Regierungsvorsteher im Reichstage ware die Vorlage, wie sie jetzt gestaltet ist, für die Regierung „unannehmbar“. Bisher konnte man in dieser Erklärung nur einen Versuch sehen, den Reichstag zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Indessen wird ja der Bundesrat sich vor der letzten entscheidenden Lesung über seine Stellung zur Sache noch einmal berathen müssen. Um so dringender ist es, über die Auffassung der Liberalen und ohne Zweifel auch des Centrums, welches an der Ausmerzung der dunklen Punkte wesentlich mitgewirkt hat, keinen Zweifel bestehen zu lassen.

Weshalb die Liberalen dieses Mal zu einem Compromiß, welches das Ergebnis der zweiten Lesung wieder rückgängig machen würde, nicht geneigt sind, hat Niemand treffender ausgeführt, als der national-liberalen Abg. v. Marquardt bei der Berathung über die Aufhebung des Zeugniss-

Die Sonne.
Roman von Anton v. Perfall-Schliersee.
[Nachdruck verboten.]

30) (Fortsetzung)
Treuberg stand noch immer im Mittelpunkt des Interesses, selbst die Uniform verfügte ihre Wirkung. Man berauschte sich an dem Vorgeruch eines Erfolges, an dem man sich doch diesen Abend unmittelbar beteiligt fühlte, man wollte sich für alle Fälle einen Platz möglichst dicht an der Seite des zur literarischen Größe gewaltsam Gestempelten sichern.

Keiner der hier Anwesenden hatte jemals Gelegenheit, eine solche Ehre einzuhelman, das war ja sonst nur einem ganz exklusiven vielbeneideten Kreis beschieden, der sich zu Tode ärgern und nicht begreifen würde, wie ihm dieser Treuberg entgehen konnte.

Das Feuer der Uebrigen schürte das des Dichters, der sich schon auf der ersehnten Höhe sah, und machte ihn in seiner diaphanischen Begeisterung für sich selbst in Wirklichkeit präsent. „Belogen Sie sich noch ein paar solche Abende und ihr Glück ist gemacht“, bemerkte ihm unter vier Augen der Intendant.

Johanna betrachtete ihn mit unverhohlener Bewunderung und einer Art selbstsüchtiger Freude. Was war aus diesem Manne geworden in so kurzer Zeit? Aus ihrem Coupégenossen? Grenzte das nicht an das Wunderbare? Gar nicht. Er glaubt an sich, das ist das ganze Wunder und sie? — Morgen grinst ihr wieder das öde Ginerlei, das kleine Sorgenleben entgegen, hinter den perspektiven Teppichen lauern schon die billigen Tapeten. Eine unendliche Sehnsucht überkam sie — hinaus aus diesen engen Schranken. Sie legte unwillkürlich ihren Arm fest in den des Grafen und schmiegt sich enger an ihn in dem Gedränge. Es ging schon auf ein Uhr. Der allgemeine Aufbruch begann.

Der Abend war durchaus gelungen, Frau Otilie heimste von allen Seiten das Lob ein.

Graf Leining betäubte Johanna noch vollends mit Einflüsterungen, welche zu dieser vorgerückten Stunde von ihm nicht so genau abgemessen wurden, und ringsum in dem engen Gange hörte sie Aehnliches, bemerkte sie dieselben verzehrenden Blicke, während man den Damen die Peile um den Nacken legte, ein Hütchen oder einen Schirm suchte. „Verlaß dich auf mich, Sofia, morgen Abend!“ vernahm sie deutlich aus Egons Mund, als er der Sängerin die Boa um den Hals füllte, und selbst die kleine Comtesse Tuscher drückte einem Kameraden Leinings die Hand, während sie zugleich alle ihre Liebenswürdigkeit an Treuberg vertheidigte. Das einzige beruhigende Element bildete Tapeiner, der nicht verfehlte, jeder Beratsscheidung eine Empfehlung seines Geschäftes hinzuzufügen, und Herr Marius, der in seinem schwarzen Radmantel und breitem Künstlerhut, seiner immer gleichen Ruhe wie ein Standbild herausragte aus diesem bunten erregten Volkchen.

Seine Frage an Johanna, ob sie morgen bereit sei, mit ihm die Galerien zu besuchen, klang in diesem Augenblide für diese unendlich nüchtern, wie Modigerud ging es von ihm aus und alte steifkragige Köpfe mit strengen Mienen drängten sich plötzlich um ihn her.

„Ich wollte, ich könnte Ihnen für morgen Vormittag einen Ritt in den Park vorschlagen, das macht klare Augen“, bemerkte Graf Leining. „Fräulein Johanna zu Pferde im Frühsonnenchein über den dampfenden Wiesen und Ackerland, das wäre herrlich!“

Eine wilde Lust blitze aus den schwarzen Augen. Die Worte hatten die Wirkung eines frischen Lustzuges, welcher die gestrenghen Herren und Damen in einem Nu verwehte.

„Kommen Sie nur, Herr Marius, wir werden ja dann sehen.“ Sie sprach das so zerstreut, nur mit Leining beschäftigt, über die Achsel zurück — „wir haben ohnehin noch gar nichts besprochen, und es gibt so so viel!“ — Mit einem flüchtigen Händedruck entließ sie ihn.

„Es gibt nichts“, flüsterte Graf Leining, ihre

zwangs für die Presse. Im Jahre 1876, als es sich noch handelte, die einheitliche deutsche Justizgesetzgebung zu Stande zu bringen, waren Zugeschriften erklärlich, die heute, wo lediglich eine teilweise Umgestaltung oder Verbesserung in Frage kommt, ausgeschlossen sind und das um so mehr, als die Gegenforderungen der Regierungen mehr von reactionären Gelüsten oder Vorurtheilen dictirt sind, als von sachlichen Gründen. Der Bundesrat wird bei seiner Stellungnahme gut thun, zu berücksichtigen, daß die Freunde der Berufung und der gesetzlichen (nicht nur administrativen) Regelung der Entschädigung unchristlich Verurtheilt nicht gewillt sind, ihre Überzeugung bezüglich dessen, was für ein gerechtes strafrechtliches Verfahren nothwendig ist, seinem Belieben zu opfern.

Politische Tageschau.

Danzig, 3. Dezember.

Reichstag.

Der Reichstag hat trotz dreitägiger Verhandlungen sein Bedürfnis noch nicht ganz befriedigt. Erst morgen soll die Generaldebatte des Staats zum Abschluß kommen. Hervorzuheben aus der gestrigen lebhaften Discussion ist das Misstrauensvotum, welches aus dem Lager der Agrarier der Regierung wieder einmal zu Theil wurde, und die Schilderung, welche der Abg. Rickert von den eigenartigen Beziehungen zwischen der Regierung einerseits und den Conservativen resp. dem Bund der Landwirthe andererseits entwarf. Ganz standen im Vordergrunde des Interesses auch heute die Marineforderungen. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wohnte der Sitzung bei.

Die im zweiten Theile seiner Rede vom Reichspartei er v. Aardorff erhobenen Angriffe auf die Handelsvertragspolitik wies der Staatssekretär Frhr. v. Marshall mit kurzen Bemerkungen zurück. Wenn insbesondere v. Aardorff behauptete, daß Deutschland seit 1892 jährlich um 300 Millionen Mark ärmer geworden, so bewiesen die amtlichen Zahlen das Gegenteil.

Fürst Radziwill (Pole) bezeichnet sich über den Ansturm auf den nationalen Besitzstand der Polen und hofft, die Regierung werde solchen unverantwortlichen Agitationen ihr Ohr nicht leihen.

Abg. Pöhl (Süd. Volksp.) erklärte, die süddeutsche Volkspartei lehne alle Schiffbauaufbauten ab.

Abg. Zimmermann (Antif.) klagt über das Scheitern der Handwerker vorlage.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erwidert, dieselbe sei in den Ausschüssen des Bundesrates gefallen, weil die Mehrheit gegen die Zwangsinningen war. Dieser Theil der Vorlage werde an der Hand eines württembergischen Antrages umgearbeitet werden. Die Ausschüsse würden sich vielleicht, jedenfalls aber bald nach Weihnachten, nochmals schlüssig machen.

Nachdem sich noch Abg. Graf Limburg-Stirum (con) über das Verhältniß der Conservativen zum Bund der Landwirthe und über mangelndes Interesse der Regierung für die Landwirtschaft geäußert hatte, wurde die Sitzung auf Donnerstag verlängert. Auf der Tagesordnung steht außerdem der Vertrag mit Nicaragua.

Der dritte Tag

der Staatsdebatte hat ein Rude-Duell Aardorff-Rickert gebracht, welches zum Theil unter Beihilfe des Staatssekretärs v. Marshall für den freiconservativen Redner, der das Haus eine Stunde lang durch seine aufgeregten Gesten in Athem hielt, unblüsig, aber unglücklich verlor. Herr v. Aardorff ist Meister in der Kunst, die Statistik in agrarischen Sinne zu mißbrauchen und vor Kurzem auf diese Weise die Ausschüsse-Nachrichten des Staatssekretärs noch die energische Rechtfertigung der Handelsvertragspolitik seitens des Abg. Rickert ihn eines Besseren belehren werden. Daß er nebenbei das Wort Richters im Abgeordnetenhaus von dem „Mücken seihen und Rameele verschlücken“ in dem Sinn interpretierte, daß im Abgeordnetenhaus die Mücken, d. h. die Culturausgaben in Frage ständen und im Reichstage die Rameele, d. h. die großen Ausgaben — wobei er durch ein Versprechen das Beispiel „groß“ auch auf die „Rameele“ anwandte — rief, wie schon erwähnt, eine nervenerlösender Heiterkeit hervor. Herr v. Aardorff fand, daß nicht nur die Wirtschaftspolitik der Regierung, sondern auch die auswärtige Politik entgleist sei. Beweis: die Entthüllungen der „Hamb. Nachr.“; ein Thema, auf welches einzugehen Herr v. Marshall sich nicht veranlaßt fand. Abg. Rickert, dessen umfassende Rede lautet Beifall bei den Gruppen der Linken fand, widerlegte eingehend die Ausführungen Aardorffs und trat unter anschaulicher Schilderung des Verhältnisses der Regierung und der Conservativen zum Bunde der Landwirthe lebhaft dem Agrarier-

Hand fassend, „als die Liebe!“ Nachdem er diesen leichten Peil entzweit, huschte er zur Thür.

„Fräulein Johanna, ich sehe schon, wir sind und bleiben Genossen auf unserer Sonnenbahn. Nur Mut und Schwung in den Flügeln! Auf Wiedersehen!“ Mit diesen Worten empfahl sich Treuberg.

Johanna stand wie betäubt, als das Haus geleert, und blieb auf die Verwüstung des Abends, als er der Sängerin die Boa um den Hals füllte, und selbst die kleine Comtesse Tuscher drückte einem Kameraden Leinings die Hand, während sie zugleich alle ihre Liebenswürdigkeit an Treuberg vertheidigte. Das einzige beruhigende Element bildete Tapeiner, der nicht verfehlte, jeder Beratsscheidung eine Empfehlung seines Geschäftes hinzuzufügen, und Herr Marius, der in seinem schwarzen Radmantel und breitem Künstlerhut, seiner immer gleichen Ruhe wie ein Standbild herausragte aus diesem bunten erregten Volkchen.

Die Gasthofsdienner wischten lärmend das ausgeliebene Silber in die Körbe und unterrichteten die noch halb gesellten Fläschchen. Und mittens in diesen erlebenden Schein fiel ihr die Mutter voll Rührung um den Hals. „Mein gutes liebes Kind! Welches Glück! Welches Glück!“

Marius ging mit Treuberg durch die noch belebten Straßen. „Unglaublich, wie sich Fräulein Ringelmann in der kurzen Zeit verändert hat! Sie werden ja bis der Winter vorüber, ist sie Gräfin!“ Auch nicht übel für ein Ammannstöchterchen. Ja, die Stadt! Sie wirkt Wunder. „Und es ja an mir! Sie werden auch noch dazukommen.“

„Ich bin ja schon darauf gekommen“, erwiderte der Vater, „nur bin ich kein Freund von Wundern. Ich ziehe eine naturgemäße organische Entwicklung vor.“

„Das heißt, das Talent dem Genie!“ bemerkte Treuberg. „Im persönlichen Verkehr doch nicht?“

„Darin habe ich keine Erfahrung, ich habe noch nie mit einem Genie verkehrt.“

„Ah, das ist aber doch...“

„Ich bin sehr sparsam mit diesem Titel, allerdings.“

„Das bin ich auch, aber doch... Na, ein Schmeichler sind Sie gerade nicht“, sagte Treuberg.

Da blieb Marius stehen und blickte seinen Begleiter mit unverhohlem Erstaunen an. „Aber deshalb keine Freundschaft nicht.“ Der Dichter

drückte ihm herzlich die Hand. „Wenn Sie einmal bedürfen, ungeniert Herr Marius!“ Die Wege gingen auseinander. Man trennte sich.

Marius blickte dem Davoneilenden kopfshütteln nach — dem Genie! Dann schritt er in Gedanken verloren durch das Gewirr der Straßen seinem Gasthause zu. Die Worte des Dichters in Bezug auf Johanna überraschten ihn nicht mehr. Und es war recht sol! Er hatte doch keinen Anspruch auf dieses blühende, lebenslustige Geschöpf, mit seinen bescheidenen Aussichten, seinem ernsten Geiste, das auf keinen raschen blinden Erfolg rechnen kann. Plötzlich befand er sich in einer breiten Straße, vor einem hell erleuchteten eleganten Cafèlokal, durch die hohen Scheiben blickte er über das ständig wechselnde Publikum. Vor dem Eingange stand eine Gruppe Offiziere, der eine hatte eine Dame am Arme.

„So komm doch mit auf einen Mocca.“ Marius hätte die Stimme aus Tausenden erkannt, es war die des Grafen Leining, der Angelprochene Detter Egon mit der Sängerin am Arme.

„Fräulein Losansky wird es mir zu Dank wissen, das beruhigt die Bowlegeister.“ Die Gesellschaft trat ein. Graf Leining nahm neben der Sängerin Platz und unterhielt sich lebhaft mit ihr, den Arm über ihre Schulter gelegt, dicht an ihr Ohr flüsterte. Kaffee und Cognac wurden gebracht. Man stieß mit den kleinen Gläsern an.

Und Johanna lag jetzt im Bett und träumte mit offenem Auge von dem Geliebten. Sie aß, warnte als treuer Freund? — Warum? — Ueber was? — Wovor? — Was hat er denn Unrechtes, der Graf? Sie würde den Denuncianten nur verachten, hassen vielleicht. Sie war schon mitgerissen in die verhängnisvolle Bahn und kreiste willlos um den blinkenden Stern. Menschenhände konnten sie nicht mehr reißen, nur das Schicksal.

Marius blendete das grelle Licht, das herausfiel aus den Schneen, die Augen ließen ihm über. Eine dunkle Nebengasse nahm ihn auf. (Fortsetzung folgt)

hum entgegen. Dabei charakterisierte er die Politik des Bundes der Landwirthe im Anschluss an die neuendings von der „Dtsch. Tageszeit“ citierten angeblichen Kaiserworte über das Verbot des Terminhandels in Getreide und über die Handelsverträge als einen Versuch, den Kaiser gegen seine Minister zu verheben. Die Meinung jedoch, daß der Bund im Abwirthschaften begrißt sei, da selbst die Conservativen abzuschwanken versuchten, fand überraschenden Widerspruch seitens des Grafen Limburg-Stirum, der genau wie Graf Mirbach in einer Festschrift an die „König. Volkszeit“ versicherte, die Conservativen und die Herren vom Bunde der Landwirthe seien ein Herz und eine Seele. Den Conservativen scheint also das Abschwanken von den Herren v. Plötz und Genossen schlecht bekommen zu sein. Vielleicht geben sie demnächst einen von diesen Scherzen gereinigten offiziellen Bericht über den letzten Delegiertentag heraus. Uebrigens aber hat Graf Limburg nun doch wieder gesprochen, als ob die Conservativen als „praktische Leute“, wie er sich ausdrückte, den Antrag Kanzler überhaupt nicht wieder einbringen wollten, da sie bei der Haltung der Regierung im Reichstage keine Möglichkeit seiner Annahme sahen. Jedenfalls ist es neu, daß die Conservativen aussichtslose Anträge nicht einbringen wollen.

In der Frage der Abänderung des Vereinsgesetzes, in der Herr v. Raddorff mit Herrn v. Stumm an einem Strich zieht, berief sich Abg. Richter auf den Reichskanzler; es hätte hinzugefügt werden können, daß Herr v. Bötticher Tags vorher ganz correct nur von einem Gesetzentwurf sprach, der die in Anregung gebrachte Verbesserung rücksichtlich des Verbots der Verbindung politischer Vereine unter einander in Aussicht nimmt. Gestern hat Herr v. Bötticher mitgetheilt, daß der preußische Handwerker-Organisationsentwurf in den Bundesrath-auschüssen gegen Preußen abgelehnt sei, daß aber auf Antrag Württembergs — nicht Bayerns, wie die „Post“ schrieb — eine Umarbeitung des auf die Zwangsinningen bezüglichen Theils der Vorlage beschlossen sei. Neu war auch, daß die Erwagungen zum Schluß gegen die Monopolisierung des Petroleumhandels zu einem „gewissen“ Abschluß gelangt sind, aber bei den heutigen Preisen vorläufig nicht zur Ausführung gelangen.

Nachdem was schließlich Herr v. Raddorff und Richter über den Marineetat geagt haben, kann die Frage nicht die sein, ob, sondern wie viel an Schiffsbauten gestrichen werden — trotz der Abstimmung des Bundesraths, die Herr von Bötticher gestern bestätigte. Und dabei soll ja auch das Reichschaam schon vorher die Forderungen des Marineamts ermäßigt haben, weshalb dem Grafen Pojadowsky in der Presse vorgeworfen wurde, daß er seine Stellung verkenne!

Die Bismarck-Erhöhungen im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Über den deutsch-russischen Assuranzvertrag hatte der Abg. Polonzi im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Interpellation eingebracht, über die gestern verhandelt wurde. Die Anfrage Polonnis lautet:

„Warum enthielt die Thronrede anlässlich der Gründung des Reichstages nicht einen Passus über die auswärtige Lage? hat der Ministerpräsident von dem deutsch-russischen, bis 1890 bestandenen Vertrage Kenntniß? Liegen Anzeichen vor, welche auf die Störung des Friedens schließen lassen? Wurde obiger Vertrag unserem Auswärtigen Amtsmitglied und wann? Kennt die ungarische Regierung den Inhalt des Vertrages und ist sie geneigt, denselben dem Hause zu unterbreiten? Erachtet die Regierung diesen Vertrag mit Rücksicht auf das zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestehende Bündnis für erlaubt? Hat die Regierung die Bewilligung gewonnen, daß Deutschland seit 1890 nicht wieder einen solchen Vertrag mit Russland abgeschlossen hat?“

Der Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, er behalte sich eine eingehende sachliche Beantwortung der Interpellation Polonzi für später vor und fuhr dann fort:

„Er wolle jetzt nur feststellen, daß die Spitze der Ausführungen des Abgeordneten sich gegen den Dreieck richtet. Was die Thronrede betreffe, so sei die Regierung für dieselbe verantwortlich; sie übernehme diese Verantwortung. Dass in der Thronrede der ge-

wohnte Satz über die äußere Lage fehle, sei ohne jede Absicht der Regierung geblieben. Diese habe es nicht für nothwendig erachtet, zu wiederholen, was vor einigen Wochen in der Thronrede gelegentlich des Reichstagschlusses gesagt worden, da seit dem 6. Oktober bis zum heutigen Tage die Lage nicht verändert sei. (Beiblatter Beifall rechts.) „Was die Enttäuschungen der „Hamburger Nachrichten“ betrifft, so haben sie unsere auswärtigen Verhältnisse nicht geändert; sie haben nur eine historische Bedeutung. (Justierung rechts.) Auf die Politik des heutigen Tages haben sie keinen Einfluß. Die Regierung hatte auch nicht die Absicht, eine Besprechung der auswärtigen Lage hintanzuhalten, denn, wie das Beispiel beweist, kann die auswärtige Lage auch ohne Erwähnung in der Thronrede hier im Hause besprochen werden. Das Gesetz stellt genau den Einfluß Ungarns und seiner Regierung auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten fest. Die Praxis seit 1867 hat das Maah und die Art und Weise der Ausübung festgestellt, und die Regierung ist durchaus nichts Willens, daran etwas zu ändern.“

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit lebhaftem Beifall von der rechten Seite des Hauses aufgenommen.

Zum Hamburger Streik.

Hamburg, 3. Dez. Die Ablehnung des Schiedsgerichtes seitens der Räder hat große Erbitterung bei den Streikenden herverursachen. Voraußichtlich steht die Erklärung des Generalstreiks bevor. Die Zahl der Streikenden betrug gestern über 15 000.

Hamburg, 3. Dez. Ein Schreiben des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona an den Senator Hadmann begründet die Ablehnung der Schiedsgerichtsvermittlung durch Hinweis auf die strohe Provocierung und rücksichtlose Führung des Streikes, auf die Aussichtslosigkeit der Arbeiter und das Ungeeignete einer schiedsamtlichen Vermittelung, da kein Lohnstreik, sondern ein Machtstreik vorliege und ein fauler Friede bald neue Kämpfe herbeiführen würde, ganz abgesehen von der Beziehung des Schiedsgerichtes mit 4 Arbeitgeber-Vertretern und 3 Vertretern der Arbeitgeber.

Bremen, 3. Dez. Die gestern Abend abgehaltene Versammlung der Ausständigen hat den von der Lagerhaus-Gesellschaft und der Lohn-Commission vereinbarten Einigungs-Vorschlag nach dem Bericht der Commission einstimmig angenommen. Damit ist der Streik so gut wie beendet.

Kiel, 3. Dez. In Folge des Hamburger Streiks hat die Schiffahrt durch den Kaiser Wilhelm-Kanal erhöht abgenommen. Von 30. November bis 2. Dezember haben nur zwei Dampfer von reip. nach Hamburg gehend den Kanal passirt.

Rotterdam, 3. Dez. Die Hasenarbeiter haben beschlossen, vorläufig nicht in den Streik einzutreten.

* Der Hamburger Streik und die Engländer. Ein Berichterstatter des „B. Lok. An.“ fragte den sozialdemokratischen Abgeordneten und Hauptführer des Hamburger Streikes nach von einigen Blättern vorgerichteten Ansicht, daß der Ausstand auf englische Machinationen zurückzuführen sei. Da wurde er lebhaft und erklärte:

„Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die englische International Federation, der sich schon eine Anzahl nicht englischer Häfen, wie Rotterdam, Gothenburg etc. angeschlossen haben, hat stand herbeizuführen, der sich auf ganz Europa, ja auf die ganze Welt, natürlich mit Einbegriff aller seefahrenden Mannschaften erstrecken sollte. Tom Mans Aufenthalt in Hamburg hatte lediglich den Zweck, hierzu das Terrain in Hamburg vorzubereiten und einen Anschluß Hamburgs an die International Federation herbeizuführen. Als er dann verhaftet wurde und sich hier die ersten Anzeichen des Streikes einstellten, da haben die Engländer alles gethan, ihn daran zu verhindern; ich selbst habe von ihnen Briefe bekommen, in denen dringend abgeredet wurde. Aber die Bewegung war eine spontane, ganz ursprüngliche — ich könnte selbst nicht sagen, wie sie entstanden ist. Aber das weiß ich, daß sie den Engländern einen Strich durch die Rechnung macht, da sie ihren Plan zerstört. Wenn man andererseits behauptet, daß die englischen Räder dahinter stehen, so ist das baarer Unsinn. Jede Lohnverbesserung der hiesigen Arbeiter zieht doch auch eine Lohnherabsetzung der englischen Hasenarbeiter nach sich.“

Hobspost aus Manila.

Berlin, 2. Dez. Der Kreuzer „Arcona“ meldet aus Manila vom 28. November: Der Zustand ist unverändert kritisch, die Debatte der Spanier ist auf Cavite sowie Manila beschränkt, täglich ist ein Angriff der Insurgenten zu erwarten. Die Fortschaffung der Europäer aus der Stadt wird vorbereitet.

Deutsches Reich.

Berlin, 3. Dez. Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat die Wahlen des reichsparteilichen Abg. Reichmuth (Weimar-Apolda, Gegenkandidat bei der Wahl war Dr. Baumbach) und des conservativen Abg. Rother (Ohrdruf-Rimspitzen-Strehlen) kassiert.

Die erweiterte wissenschaftliche Deputation des Medizinalwesens hat die Stellung der Aerzte zur Gewerbeordnung beraten. Wie die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ mittheilt, hat die Deputation eine Entscheidung gefaßt, die sich dahin zusammenfaßt: Herauskommen aus der Gewerbeordnung, Erneuerung des Kurpfuschereiverbots, Schaffung einer ärztlichen Standesordnung. Die Deputation erklärt, sie habe allen Grund zu der Annahme, daß diese Forderungen an kompetenter Stelle bei der preußischen Regierung die richtige Würdigung und Entgegenkommen finden würden.

* Der Maximalarbeitsstag im Bäckerhandwerk beschäftigt wiederum die Gerichte. Das Gesetz gestaltet den Bäckermeistern, während eines halben Jahres an zehn verschiedenen Tagen die Gesellen zu Überstunden heranzuziehen. Diese Tage müssen aber im Bäckerkalender durchloch werden. Die Polizei übt bezüglich dieser Durchlochung scharfe Controle. Der Bäckermeister Krause in der Christinenstraße wurde vom Berliner Göppinger Gericht verurtheilt, nicht weil er Ueberarbeit hatte verrichten lassen, sondern weil die Durchlochung unterblieben war.

Ausbildung der Militärärzte. Während des letzten deutsch-französischen Krieges 1870-71 war die Sterblichkeit im deutschen Heere verhältnismäßig gering, obwohl die bedeutenden Märkte und Städte der Wirkung dieses meisterhaften Krieges geschadet hat.

hasten Ernährung, die der Verwundung vorhergingen, sowie die oft unvermeidliche Anhäufung von Verwundeten und die Unmöglichkeit, in dieser Zeit den medizinischen Vorschriften vollständig zu entsprechen, die Sterblichkeit förderten mussten. Die geringe Sterblichkeit war hauptsächlich auf die gute Organisation des Militärärzteswesens zurückzuführen. Es wurden insbesondere nur solche Aerzte mit der Leitung von Abtheilungen in Feldlazaretten betraut, die längere Zeit auf chirurgischen Abtheilungen von Spitätern gedient hatten. Nur in größeren Lazaretten, in denen befähigte Chirurgen wirkten, wurden auch den in der Chirurgie weniger geübten und minder erfahrenen Aerzten Abtheilungen des Lazareths anvertraut, so daß sie in schwierigen Fällen von fachlichen Collegen unterstützt werden konnten. Wie die „Doss. Ztg.“ erfährt, ist die Militärverwaltung neuerdings in erhöhtem Maße auf eine genügende praktische Ausbildung der jüngeren Militärärzte für den Kriegsfall bedacht, indem sie angeregt hat, diese möglichst in größeren Krankenanstalten einige Zeit zu beschäftigen.

Olmüh, 3. Dez. Der Redakteur des „Mähr. Volksfreundes“ wurde gestern Abend, als das Publikum sich aus dem Theater entfernte, von 2 Offizieren gestellt und mit Gabelstieben schwer verletzt. Der Angriff erfolgte wegen verweigter Aufnahme einer Berichtigung über einen Wirtschaftshauskandal.

Afrika.

Banzbar, 3. Dez. Der italienische Generalconsul Cecchi, die Capitäne der italienischen Kriegsschiffe „Volturno“ und „Gaffetto“ sowie etwa 6 Offiziere wurden durch Somalis in Makindju (in der Mitte der italienischen Somaliaküste gelegen) getötet. Auch wurden 100 Mann verwundet. Einzelheiten fehlen noch.

Prozeß Leckert-Lüthow.

Berlin, 2. Dez. Nachdem der Präsident die Verhandlung eröffnet hatte, erklärte der Criminal-commissarius v. Tauch, er sei vom Polizeipräsidium ermächtigt worden, über die Beziehungen Lüthows zur Polizei auszusagen. Leckert erklärte, er habe Lüthow erzählt, daß die falsche Redaction des Jarentoas aus englische Einstüfe zurückzuführen sei. Er habe aber in dem von ihm verfaßten Artikel Graf Eulenburg nie genannt. Leckert lehrt trotz wiederholten Befragens seinen angeblichen Gewährsmann, einen Beamten einer Berliner Behörde, zu nennen ab. Leckert erklärt, zum Staatssekretär Frhr. v. Marischall keine direkten Beziehungen zu haben und den Prinzen Alexander Hohenlohe, den Geh. Legationsrat Holstein und den Legationsrat Dr. Hanan überhaupt nicht zu kennen. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt fest, die Behauptung Leckerts, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt theilt darauf mit, Frhr. v. Marischall habe keine direkten Beziehungen zu haben und den Prinzen Alexander Hohenlohe, den Geh. Legationsrat Holstein und den Legationsrat Dr. Hanan überhaupt nicht zu kennen. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt fest, die Behauptung Leckerts, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, den Kammerdiener vorzuladen, der ihm in Breslau die Thür zum Reichskanzler öffnete.

Der Bertheider Rechtsanwalt Gennrich beantragt ausdrücklich Vorladung des Reichskanzlers. Der Geschäftshof beschließt, die Entscheidung über des Reichskanzlers Vorladung auszusetzen, bis Frhr. v. Marischall vernommen sei.

Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt theilt darauf mit, Frhr. v. Marischall habe keine direkten Beziehungen zu haben und den Prinzen Alexander Hohenlohe, den Geh. Legationsrat Holstein und den Legationsrat Dr. Hanan überhaupt nicht zu kennen. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt fest, die Behauptung Leckerts, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, den Kammerdiener vorzuladen, der ihm in Breslau die Thür zum Reichskanzler öffnete.

Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abrechnung für zwei Artikel „Eulenburg II.“ gefunden sei, worauf Leckert behauptet, die Artikel hätte Lüthow verfaßt. Es folgt die Vernehrung Lüthows, mittelbare oder unmittelbare Beteiligung sei nicht festzustellen. Der Geschäftshof erkennt die Behauptung Leckerts an, daß die Behauptung unwahr sei. Leckert stellt anheim, daß er bei dem Reichskanzler in Breslau Audienz habe, sei eine willkürliche Unwahrheit. Leckert bleibt bei seiner Behauptung. Der Oberstaatsanwalt Drescher stellt nun fest, daß bei Leckert die Abre

lehr wünschenswerth, daß Urkunden und Ueberreste aus der Urzeit in allen Kreisen gesammelt und dem Archiv überwiesen würden. Die Provinz Westpreußen sei die einzige Provinz, welche bis jetzt noch kein Provinzialmuseum besitzt, zwar sei die Bildung eines solchen bereits angeregt worden, bis jetzt jedoch mit negativem Erfolg. Zur Aufnahme des Provinzialarchivs würde sich das Hochmeisterschloß ganz besonders eignen, und es wäre wünschenswerth, daß auch bei uns Städte und Privateute so versahen wollten wie in Süddeutschland, wo dem Germanischen Museum Archivalien anvertraut würden, welche im Besitz der Eigentümner verblieben, aber der Forschung geöffnet sind. Es sei zu wünschen, daß die Zahl der Mitglieder wachse, damit das Interesse an dem Hochmeisterschloß zunehme und namentlich Funde von Geräthen und Dokumenten, die vielleicht nicht die erforderliche Beachtung finden, die ihr Werth verdienen, dem Archiv und den Sammlungen einverlebt würden. Es sei auch notwendig, so schnell als möglich an das Werk zu gehen, denn wenn die Bauzeit zu Ende sei, dann sei der Verein nur auf seine geringen Mittel angewiesen. Nachdem hierauf die Jahresrechnung entlastet worden war, hielt Herr Landesbaudrath Steinbrecht einen Vortrag über Waffenkunde, auf den wir noch zurückkommen werden.

* **Naturforschende Gesellschaft.** In der gestrigen Sitzung sprach Herr Stadtbaudrath Helm über die wichtige Frage der Vermehrung des Danziger Leitungswassers durch Wasser aus Röhrenbrunnen, worüber demnächst eingehend referirt werden wird. Herr Navigationslehrer Conin berichtete über die Prüfung von Segantinen und über seine geodätischen Positionsbestimmungen Danziger Kirchhürme.

* **Städtisches.** Die hiesige Stadtverordnetenversammlung hält nächsten Dienstag nach längerer Pause wieder eine Plenarsitzung ab, in der zunächst die im Oktober beschlossene Wahl eines neuen beauftragten Stadtbaudraths erfolgen soll, für welche der Wahlausuchkum herrn Gerichtsassessor Medebach vorgeschlagen hat, der seit längerer Zeit als freimüllerger Hilfsarbeiter beim hiesigen Magistrat wirkt. Ferner soll über eine Petition um Erhaltung unserer Privat-Transitläger, über Einführung elektrischer Beleuchtung in das neue Fortbildungsschulgebäude, das am 1. April in Benutzung kommt, Verkauf weiterer Porsellen des Festungsterrains und zahlreiche kleinere Vorlagen berathen werden.

* **Ephorenconferenz.** Am 8. und 9. Dezember findet hier unter dem Vorsitz des Herrn Generalsuperintendenten D. Dobroin eine Ephorenconferenz statt, auf der Herr Superintendent Syring aus Flotow ein Referat über die Stellung der Geistlichen zu den Evangelisationsbestrebungen halten wird. Herr Superintendent Karmann-Schweiz wird über die Vorbildung der evangelischen Geistlichen sprechen.

* **Begräbnish.** Ein recht zahlreiches Trauergeschebe gefielte den im 64. Lebensjahr verstorbenen Schiffscapitän a. D. Herrn Lierau gestern Nachmittag von dem Trauerhaus in der Frauengasse nach dem St. Johannis-Kirchhof. In dem Gefolge bemerkten wir viele Collegen des Verstorbenen, Herrn Strom-inspector Holtz, Mitglieder des Seeschiff-Vereins, Vertreter der Rheederei etc. Auf dem Friedhofe hielt Herr Consistorialrat Franck die Grabrede.

* **Gutholdsfür die Polizei-** und -verein der deutschen jungen Bericht über das verflossene Vereinsjahr. Dazur waren genügende Mittel vorhanden, um die Unterstützungsgebühre, die in immer größerer Zahl an den Verein gelangten, zu berücksichtigen; die Einnahmen waren so hoch, wie bisher noch nie. Der Verein wurde durch die vom Centralvorstande in Berlin bewilligten 1050 Mk. in den Stand gesetzt, in sechs Raten Pfarrern und Pfarrwitwen und in sechs Raten Lehrern und Lehrerwitwen die Sorge für die Erziehung ihrer Kinder zu erleichtern. In Westpreußen sind jetzt 16 Zweigvereine vorhanden. Der Ertrag der vom westpreußischen Consistorium wiederum bewilligten Kirchencollecte betrug 1450,56 Mk. Der Verein konnte aus seiner Vereinskasse 1500 Mk. in 8 Raten an Pfarrer und Pfarrerwitwen und in 25 Raten an Lehrer und Lehrerwitwen bewilligen.

* **Haus- und Grundbesitzer-Verein.** Gestern Abend hielt der Verein im Bildungsvereinshause eine Versammlung ab, die von ca. 120 Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende, Herr Bauer, gab einen kurzen Bericht über den Verlauf der letzten Stadtverordnetenwahlen in Danzig, bei denen der Vorstand des Vereins, verstärkt durch eine Commission, die Candidatenfrage behandelt habe, deren Resultat ja wohl bekannt sei. Die letzten Wahlen hätten ein lebhaftes Streiten für und wider hervorgerufen; es liege nun in der Natur der Sache, daß man es nicht den Wünschen Alter Recht thun könnte. Wie diesmal die Sachlage war, erschien es dem Vorstand unvereinbar, mit dem Bürgerverein zusammen zu gehen, die Veranlassung dazu war, daß sich derselbe mit einer politischen Partei verbunden habe. Der Haus- und Grundbesitzer-Verein sei eine Vereinigung auf wirthschaftlichem Gebiete, in ihm seien alle politischen Parteien vertreten, deshalb habe man sich der freien Vereinigung von Bürgern angegeschlossen. Bei der 3. Abteilung sei bereits alles festgelegt gewesen, als der Verein in Thätigkeit trat, deshalb habe man das Schwergewicht auf die zweite Abteilung gelegt, hier gehören vier der gewählten Herren dem Verein an. In der ersten Abteilung reichte der Einfluß des Vereins nicht weit, man habe es auf 29 Stimmen gebracht. Herr Kaufmann Schmidt führte aus, man habe eben dem Bürgerverein eine Verbindung mit der conservativen Partei nachgesagt. Wollte man denn den conservativen Männern, welche im Bürgerverein thätige Mitglieder seien, das Recht ihrer Meinung verneinen? Die Partei, welcher sich der Hausbesitzerverein angegeschlossen habe, habe sich auch mit einer politischen, der Centrumspartei, verbündet. Der Vorsitzende habe constatirt, vier der neu gewählten Candidaten gehörten dem Verein an; die Liste, gegen welche man gestimmt habe, habe deren acht gezählt. Der Redner kritisierte dann das Vorgehen der Commission des Haus- und Grundbesitzervereins, die ihre Candidaten gründet habe, und meint, daß hierbei ein gerader, offener Weg gefehlt habe. Er beantragte die Annahme einer Resolution. In derselben wird ausgedrückt, daß sich bei den Wahlen starke Unzuträglichkeiten herausgestellt hätten, es seien Vereinsgenossen gegen Vereinsgenossen ausgespielt worden, und es dürfe deshalb in Zukunft die Entscheidung in Wahlangelegenheiten nur der Generalversammlung überlassen bleiben. — Es entpans sich eine lebhafte Debatte über den Antrag des Herrn Schmidt, welche schließlich vielfach das persönliche Gebiet streifte. Herr Bauer führte aus, daß der Verein bei seinem Verfahren habe Concessions machen müssen, er habe sich dem Gros der Bürgerschaft angeschlossen. Seien denn die 11—12 000 Danziger Bürger, die den 400—500 des Bürgervereins gegenüberstehen, minderwertig? Im übrigen habe der Vorstand geglaubt, seine Schuldigkeit gehabt zu haben. Die Herren Reichert und Sennert erklärten sich mit der vorgeschlagenen Resolution einverstanden. Herr Korzeniewski fragte, ob die Versammlung in der „Concordia“ das Gros der Bürgerschaft vertrete. Es sei eine Wahlmaße beliebt worden, für die es nur die Bezeichnung

lunsauser habe. Herr Kaufmann Mitz führte aus, daß keine Antwort auf die Provocationen des Herrn Schmidt auch eine Antwort sei. Herr Schmidt habe von dem geraden, offenen Weg gesprochen, das mußte ihn so an, als ob er jemand im Geschäft habe, der immer seine Ehrlichkeit betone, da bekommt man Blüher. Herr Schmidt habe immer von Vereinsmitgliedern gesprochen, glaube er denn, daß wir um jeden Preis solche in die Stadtverordneten-Versammlung wählen müssen, auch wenn sie uns da nicht am Platze zu sein scheinen? Es sei bekannt, daß Herr Schmidt das Sprachrohr derjenigen Elemente in Danzig sei, die den „Radau“ lieben. (Erregte Zwischenrufe) Herr Schmidt habe nur ja reichlich Gelegenheit zu zeigen, daß er (Redner) unrecht habe. Herr Korzeniewski sprach von Wahlmache. Gewiß, schön gehe es dabei nicht immer zu, aber sei eine kommunale Wahl nicht das verkleinerte Abbild einer Reichstags-Wahl? (Beifall und Widerspruch) Herr Kaufmann Schmidt: Herr Mitz habe ihn in einer Weise angegriffen, die nicht schön sei. Er habe ihm den Führer von radikalistischen Elementen genannt. Er bewege sich gern in anständiger Gesellschaft und wolle hier nur constatiren, daß ein Theil der Anwesenden ihm die Stimme gegeben habe; das seien die Elemente, die er vertrete, deren Sprachrohr zu bleibem, werde er sich zur Ehre rechnen, ein Sprachrohr derjenigen, die mit Einrichtungen unserer guten Vaterstadt nicht zufrieden seien. — Herr Sablewski stellte als Mitglied der Wahlcommission fest, daß bei dem Vorgehen derselben Einigkeit geherrscht habe. Darüber sei auch wohl jeder einig, daß der Bürgerverein weit über das Ziel hinausgeschossen habe. — Herr Karrow erwähnte Herrn Schmidt, daß auch er wohl anders denken werde, wenn er erst 6 Jahre Stadtverordneter sei und es steile sich dann einer hin und sage: die Stadtverordneten sind ein Gumpf, sie müssen alle weg. (Herr Schmidt: Dann gehe ich!) Nun, das wird sich ja zeigen. Ein großes Wahlagitationsmittel sei diesmal die Markthallenfrage gewesen. Er habe s. 3. gegen die Markthallen gesprochen und gestimmt; hätte damals Herr Schmidt mit den Händen der Energie, die er jetzt entfaltet, gegen die Errichtung agiert, dann hätten wir sie nicht. Nun, heute ist sie für uns ein Kapital, wir müssen jetzt mit ihr rechnen. Wenn man die lebigen Stadtverordneten ersetzen sollte, müsse man eine Garantie dafür haben, daß diejenigen, welche bestimmt sind, sie zu ersetzen, dasselbe oder mehr leisten, als die alten. Er vermiss die Garantie. Eigene Candidaten bringen wir nicht durch und da haben wir eben von zwei Uebeln das kleinere gewählt. — Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen rückte Herr Korzeniewski an Herrn Schmidt die Bitte, die Resolution, die keinen Zweck habe, zurückzuziehen. Herr Bauer: Er werde aus einer etwaigen Annahme der Resolution die Consequenzen ziehen, die vielleicht auch indirekt beabsichtigt würden. Ertheile man dem Vorstande jenes Missbrauchsvothum, gebe er seinen Platz auf. — Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung der Resolution Schmidt, für welche nur 17 Anwesende stimmten.

Herr Bauer machte hierauf Mittheilung über das Inkrafttreten des neuen Mieths-Stempelsteuer-Gesetzes vom 1. Januar ab, woran sich eine Debatte knüpfte. Herr Mitz berichtete an der hand einer größeren Ausstellung von Gasochapparaten aus dem Lager der städtischen Gasanstalt in der Hundegasse über den Werth des Gasos zu Beleuchtungs-, Heizungs- und Kochzwecken. Die weitere Erörterung der letzteren Frage wurde auf den nächsten Vereinsabend verschoben.

* **Westyr. Fechtverein.** Gestern fand die erste Marzipan-Verlosung des westpreußischen Provinzial-Fechtvereins im Café Beyer statt, die sich reger Beteiligung erfreute. Die Lose waren sämmtlich vergriffen. Die Hauptgewinne, große Marzipanhäcker, wurden gleich gestern den Gewinnern beigebracht. — Herr Rohrburg, der am 1. Dezember in den Vorstand dieses Vereins gewählt wurde, erfuhr uns um die Anerkennung, daß seine Befürchtung, als „Standes-Stellvertreter des Danziger Standesbeamten“ sei.

M Lehrerinnen-Verein. Section Musik. Der gestrige Versammlungs-Abend wurde durch einen Vortrag eröffnet, den Herr G. Brandstätter über die „Musik in der Berliner Gewerbe-Ausstellung“ hielt. Redner gab vorerst eine ausführliche Schilderung der von den verschiedensten Firmen ausgestellten Instrumenten von der Orgel, den Concertflügeln bis zu den Blasinstrumenten, von denen er noch die Antilopenhörner ihres eigenartigen Klanges wegen besonders erwähnte. Nach dem Vortrage wurde das musikalische Programm eröffnet mit dem 2. Satz einer Schuberti'schen Klaviersonate, dem zwei Lieder von Schubert, drei Solostücke für Aladier von Ravina, Klein und Meyer-Albersleben, sowie ein Marsch von Schubert für zwei Klaviere zu acht Händen folgten. — Zum Schlus sei an dieser Stelle noch auf das Concert der Musik-Section hingewiesen, deren Programm in diesen Tagen im Annoncehtheile dieser Zeitung veröffentlicht werden wird. Das Concert findet am 12. Dezember statt, und die Damen der ersten hiesigen Musiklehrerinnen als Mitwirkende bieten wohl Gewähr für einen genussreichen Abend. Ein reger Besuch des Concerts wäre doppelt erwünscht, da der Ertrag desselben dazu bestimmt ist, den Fonds der Musik-Section zu vergrößern, aus dem dann später arme und hilfsbedürftige Musiklehrerinnen unterstützt werden sollen.

* **Pferdelotterie.** Dem Verein für Pferderennen und Pferdeaustellungen in Preußen zu Königsberg ist Pr. ist vom Minister des Innern die Erlaubnis erteilt worden, bei Gelegenheit der im Frühjahr nächsten Jahres dort stattfindenden Pferdeaustellung eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden etc. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu verteilen.

* **Aufnahme des Pferdebestandes.** Am 8. Januar 1897 findet in Westpreußen wieder eine Aufnahme des Pferdebestandes statt. Die für das Jahr 1897/98 zu erhebende Pferdeversicherungs-Abgabe beträgt zu folge Beschlusses des Provinzialausschusses 30 Pf. für jedes Pferd bzw. jeden Häl. Maulelf oder Maulhirsch und jedes Fohlen. Von der Aufnahme des Rindviehbestandes und der Erhebung einer Versicherungsabgabe dafür ist Abstand genommen, weil die disponiblen Mittel des Fonds zur Deckung der Ausgaben pro 1897/98 ausreichen.

* **Gemeinde-Abgaben.** Der Ingenieur Bollhagen zu Neustrelitz ist, weil er sich vom 13. Juni bis zum 22. Dezember 1894 in Neustrelitz aufgehalten hatte, für die Zeit vom 1. Juli bis Ende Dezember 1895 von einem Einkommen von 3000 Mk. und bei der Erhebung eines Zuschlags von 280 Proc. unter dem 12. Januar 1895 zur Zahlung von 72,80 Mark Gemeindeabgaben der von Stadt Neustrelitz herangezogenen. Die von Bollhagen hiergegen erhobene Klage hat der Bezirkssauschuss zu Danzig abgewiesen, weil Bollhagen sich über drei Monate in Neustrelitz aufgehalten hat und die Heranziehung zur Steuer dann begründet ist. Das Oberverwaltungsgericht, welches in derartigen Fällen eine Besteuerung für zulässig erklärt, hat nun aber den Aläger von Zahlung der Abgaben erfüllt, weil derselbe zu diesen erheben darf, wenn der Wohnsitz nicht mehr in Neustrelitz hatte. Eine nachträgliche Heranziehung ist unlässig.

* **Bedrohung und Widerstand.** Auf offener Straße in der Milchhannigasse trat gestern Abend der 28-jährige Arbeiter Hermann H. aus Ohra mit einem Messer in der Hand dem Kellner Sch. mit den Worten: „Gib dein Geld, oder ich schlage dich nieder!“ entgegen, worauf Sch. flüchtete und von H. verfolgt, den Schuhmann Gliese zu Hilfe rief. Letzterem wider-

setzte sich H. unter Beschimpfungen verächtlich, daß dieser ihn zu fesseln suchte. Hierbei verlor H. dem Polizeibeamten einen Schlag in's Gesicht, daß derselbe aus Nasen und Mund blutete. Erst mit Hilfe eines zweiten Beamten gelang es, den Wütichen dem Polizeigewahrsam zu überführen.

* **Veränderungen im Grundbesitz.** Es sind verkauft worden die Grundstücke Aneipab Nr. 5 von der Frau Liedke, geb. Goerl, an die Marine-Werkmeister Moritz'schen Cheleute für 21 000 Mk.; Aneipab Nr. 6 von dem Rechtsanwalt Dobe als Vertreter der Jahnheischen Eltern an die Marine-Werkmeister Moritz'schen Cheleute für 20 500 Mk.; Langfuhr Blatt 372 von der Abeggstiftung an die Fischer Dynischen Cheleute für 3200 Mk.; Langfuhr Blatt 403 von der Abeggstiftung an die Arbeiter Schmidt'schen Cheleute für 3200 Mk.; Langfuhr Blatt 385 von der Abeggstiftung an die Werftschreiber Ritterling'schen Cheleute für 4200 Mk.; vier Trennwände von Langfuhr Blatt 365 von der Frau R. R. geb. Schönnagel, an die Eisenbahnbetriebssecretär Kunath'schen Cheleute für 2587,50 Mk.; Gr. Wollwebergasse Nr. 9 und Al. Wollwebergasse Nr. 6 von den Kaufleuten Adolf Blumenthal und Adolf Bukofzer an die Frau Hagel, geb. Bräke, für 61 000 Mk.; Bleihof Nr. 5 a und b von den Fahrräder Cheleuten an ihren Sohn den Fabrikdirektor Dr. Beck in Weilburg für 23 580 Mk., eine jährliche Rente von 900 Mk. und ein Wohnungsrecht von 150 Mk. Jahresswerth; ein Trennwand von Johannishal Nr. 6 von der Frau R. R. geb. Schönnagel, an die Eisenbahnbetriebssecretär Kunath'schen Cheleute für 855 Mk. Ferner ist das Grundstück Höhe Segeen Nr. 22 nach dem Tode des Zimmermanns Hener auf dessen Witwe übergegangen. Es sind von dem Reichsmilitärfiscus verkauft worden die Grundstücke der Außenwerke: Blatt 1 an den Kaufmann David Loeffen für 31 650 Mk.; Blatt 2 an den Rentier Richter für 5180 Mk.; Blatt 3 an den Salzmeister Franz Balzer für 4690 Mk.; Blatt 5 an den Uhrmacher Wohl für 4760 Mk.; Blatt 7 an den Kaufmann Hermann Jacob für 114 900 Mk.; Blatt 8 an den Kaufmann Georg Mitz für 123 360 Mk.

* **Schwurgericht.** Gestern hatte sich der 23 Jahre alte Arbeiter Joseph Grabowski aus Pelplin unter der Anklage des schweren Raubes zu verantworten. Er arbeitete im Sommer d. J. an dem neuen Landgestüt bei Pr. Gargard zusammen mit dem Arbeiter Butwell, einem Mann von ca. 47 Jahren. Während Grabowski mit anderen Arbeitern in einer Bretterbude wohnte, hatte sich der Butwell in dem nahe befindlichen Walde eine Laubhütte zurecht gemacht und pflegte hier zu schlafen. Am 25. Juni erhielten beide den Lohn ausgezahlt, Grabowski hatte zu diesem Zeitpunkt eine schwere Lähmung im rechten Bein, die er selbst nur wenig übertrieb. Da lagte er den Entschluß auf, den alten Butwell zu berauben und ging Abends zu ihm hin. Er erzählte ihm, in der Bretterbude sei es zu heiß, er wolle auch im Freien ruhen und forderte ihn noch auf, näher an die Hütte zu kommen. Beide streckten sich aus und plötzlich fiel Grabowski über den Nichtahnenden mit einem dicken Prügel her und schlug auf ihn ein, bis er sich nicht mehr rührte. Dann nahm er das Geld und begab sich nach Pelplin, wo er später verhaftet wurde. Andere Arbeiter fanden am folgenden Tage den Butwell noch immer bewußtlos; er wurde nach Pr. Gargard in das Krankenhaus gebracht. Er war ganz durchbohrt zugerichtet, auf der einen Seite gelähmt, durch die Hiebe fast taub geworden und wird, wie Herr Kreisphysicus Dr. Wendt heute angab, stets ein Krüppel bleiben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des schweren Raubes schuldig und der Gerichtshof verurteilte ihn zu halbjähriger Zuchtausstrafe.

* **Polizeibericht für den 2. Dezbr.** Verhaftet: 12 Personen, darunter 1 Person wegen Bedrohung, 2 Personen wegen Trunkenheit, 1 Bettler, 8 Obdachlose. Gefunden: Am 18. Novbr. cr. I Taurungshäuschen, 1 blaues Jaquet, enthaltend Handschuhe, den Namen des Arbeiters und Quittungs-parte auf dem Fundbureau der königl. Polizei. Vf. Abz. abholen aus: 1 Paar schwarze Gackhandchuhe, 1 Portemonnaie mit ca. 40 Mk. und Monatsneddenkarlsruhe den Namen Gertrud Dahlmann, 1 Stock, 1 Portemonnaie mit 15 Mk., 1 Dame Regensturm, abzugeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

X. Wohlaff. 3. Dez. Trotz der grimmigen Kälte waren zu der auf gestern von Mitgliedern des Bauernvereins „Nordost“ einberufenen Versammlung mehr als 80 Landwirthe, meistens aus dem Überwerder, erschienen. Auch hier entwickelte hr. Woitsch-Ecklin das Programm des Bauernvereins „Nordost“. Er wies nochmals energisch die gestern von Hrn. Michel-Sperlingsdorf auf den Bauernverein gemachten Angriffe zurück und wünschte, daß man auf seine ruhigen und sachlichen Ausführungen ebenso seitens der Gegner antworten möge. — Herr Hoffe-Schöpff sprach dann eine Reform des Jagdrechts, insbesondere sei eine Ablösung der Jagdbeteiligung nach der Größe des Grundstücks notwendig. Der Bauernverein „Nordost“ forderte für die Jagdscheingebühr eine Jagdsteuer von jedem Grundbesitzer, gleichviel welcher Größe, z. B. pro Hufe oder 100 preußische Morgen Besitzthum 1—2 Mk., zur gerechteren Ausgleichung. Hierauf entspann sich eine sehr lebhafte, zweistündige Diskussion, an welcher sich auch die Herren Rittergutsbesitzer Köhrlig-Wyschekin und Dörkens-Woßk beteiligten. Herr Röhrig erkannte mehrere Programm-Punkte des Bauernvereins „Nordost“ an, meinte aber, daß Groß- und Kleingrundbesitz diejenigen Interessen hätten und der Bund der Landwirthe dieselben vertrete. Herr Dörkens besteht die Behauptung eines Redners, daß die Bauern sehr wohl Befreiter im Kreistage sein könnten. Hr. Woitsch beantragte fachlich die erhobenen Vorwürfe und Einwendungen. Er entgegnete Hrn. Röhrig, daß es im Interesse des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes sehr bedauerlich sei, was Hr. Röhrig gezeigte habe, daß der Rittergutsbesitzer zu ihrer wirthschaftlichen, deshalb sei die Forderung des Bauernvereins Nordost nach Vermehrung des Kleingrundbesitzes eine gerechte. Der Bund der Landwirthe kann wohl die Interessen der Rittergutsbesitzer aber nicht aller Landwirthe, am allerwenigsten die der deutischen mittleren und kleinen Landwirthe vertreten. Es sei erwiezen, daß der Bund der Landwirthe erheblich an jahrlenden Mitgliedern verloren habe. — Der Vorsitzende verlas nun ein Telegramm von Hrn. Gutsbesitzer Wiens-Warna (früher in Wohlaff), welches lautete: „Möge die heutige Versammlung des Bauernvereins „Nordost“ in meinem Geburtsorte guten Grund und Boden finden. Der Liberalismus und der Bauernverein „Nordost“, sie leben hoch!“ — In Folge der vorgerückten Zeit verließ nun eine größere Anzahl der Anwesenden die Versammlung. Nunmehr erhielt eine von Hrn. Röhrig beantragte Resolution die Mehrheit, nach welcher die noch anwesenden Landwirthe mit dem Bunde der Landwirthe zusammengehen wollen. — Nachdem Herr Woitsch diesen Vorgehen als einen Schlag in's Wasser bezeichnet hatte, wurde mit einer längeren Ansprache desselben und mit einem Hoch auf den Kaiser die Versammlung geschlossen.

y. Thorn, 2. Dez. Wegen Vergehen wider das Gesetz betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln hatte sich der Strafhammer der Fleischer Albert Werner aus Briesen zu verantworten. Der Fleischer betreibt ein Fleischgeschäft, in welchem namentlich Schweinefleisch und daraus bereitete Wurst gehalten werden. Die Jugendvernehmung ergab, daß Werner in mehreren Fällen verdorbenes Fleisch zu Würsten hatte verarbeiten lassen, ja einige Male wurde sogar unter das Wurstfleisch das Fleisch ver-

borkener Wurst gesetzt. Außerdem war wiederholt bei der Wurstbereitung im Keller gefärbtes schmutziges Wasser verwandt worden. Die auf diese Weise hergestellte Wurst war nach dem Gutachten des Kreisphysikus unzweckmäßig gesundheitsschädlich. Werner ließ dieselbe in seinem Laden verkaufen. Als einmal einer seiner Leute ihn darauf aufmerksam machte, daß solche Wurst gesundheitsschädlich sein müsse, entgegnete er: „Ah was, ich bin bei solcher Wurst doch fein geworden, da werden es auch andere werden.“ Auch in Lissewo verkaufte Werner einmal in erwähnter Weise hergestellte Wurst und meinte, es wäre nicht schlimm, wenn die „Pollaen“ nach dem Genuss derselben 14 Tage Leidzonen bekämen. Der Staatsanwalt führte aus, es handle sich hier nicht um einzelne Fälle, sondern der Angeklagte habe länger Zeit hindurch in seinem Geschäft betrieben. Mit Rücksicht darauf beantragte er halbjährige Gefängnisstrafe. Der Gerichtshof erkannte auch auf die Strafe, sowie auf Bekanntmachung des Urteils.

Thorn, 3. Dez. (Tel.) Wegen Mordes verhandelte das hiesige Schwurgericht heute gegen die Arbeiterin Michalski aus Podgorz, welche im Mai ihr 4 Monate altes Kind im Wallgraben ertränkt hat. Sie wurde wegen Lödung ohne Überlegung zu

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß des befreigten Publikums gebracht, daß zum Abladen von Schne und Eis drei Pläze, und zwar der eine außerhalb des Werderthors rechts, der andere vor dem Leegenthore, hinter der rothen Brücke, ebenfalls rechts, und der dritte vor dem Olivaerthore links, bestimmt sind.
Die Pläze sind durch Tafeln mit der Aufschrift
„Schnee- und Eisabladeplatz“
bezeichnet.
Danzig, den 30. November 1896. (24363)

Die Strafenreinigungs-Deputation.

Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintragung der Ausübung der ehemaligen Gütergemeinschaft unter Kaufleuten ist heute unter Nr. 698 eingetragen worden, daß der Kaufmann Waldemar Felix Schün zu Danzig für die Dauer seiner Ehe mit Adelina geb. Auster, verw. Buhse, die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Bestimmung ausgeschlossen hat, daß das von der künftigen Ehefrau einzubringende, sowie das während der Ehe durch Erbschaften, Gütekäufe, Schenkungen oder sonst zu erwerbende Vermögen die Natur des Vorbehaltens haben soll.

Danzig, den 28. November 1896. (24478)

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Die auf die Führung des Handelsregisters, des Zeichenregisters, des Musterregisters und des Genossenschaftsregisters bezüglichen Geschäfte werden im Jahre 1897 wie bisher bei dem Amtsgericht X bearbeitet werden.

Die Veröffentlichung der gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen von Eintragungen in den bezeichneten Registern wird erfolgen:

- a. in Betreff des Handelsregisters durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Danziger Zeitung,
- b. in Betreff des Zeichenregisters und des Musterregisters durch den Deutschen Reichsanzeiger,
- c. in Betreff des Genossenschaftsregisters durch den Reichsanzeiger, die Danziger Zeitung und die Danziger Neuesten Nachrichten, bei kleineren Genossenschaften dagegen nur durch den Reichsanzeiger und die Danziger Zeitung.

Danzig, den 1. Dezember 1896. (24477)

Königliches Amtsgericht X.

Verdingung.

Der Bedarf an Fleisch- und Wurstwaren für die Menagüküchen der in Danzig, Langfuhr und Neufahrwasser garnisonierenden Truppen soll am

Montag, den 14. Dezember v. J., Vormittags 10 Uhr, im Geschäftszimmer 42 der Intendantur 17. Armee-Corps — Neugarten Nr. 28 — öffentlich vergeben werden.

Angebote — getrennt nach den durch die Bedingungen festgesetzten drei Losen — sind durch die Königl. Intendantur 17. Armee-Corps bis zur bezeichneten Zeit und mit der Aufschrift:

„Angebote über Fleisch- pp. Maaren“

verlesen — eventuell portofrei — einzureichen.

Das Uebrige enthalten die Bedingungen, welche im bezeichneten Geschäftszimmer ausliegen bzw. gegen Erstattung von 1 M für das Exemplar abgegeben werden.

Formulare zu den Angeboten werden dabei unentbehrlich verabfolgt.

Königliche Intendantur 17. Armee-Corps. (24480)

Miederum treten wir mit der Bitte an das Publikum um Gaben an Kleidungsstücke, Geld oder Lebensmitteln zur Weihnachtsbescherung für unsere Armen.

Zur Annahme sind gern bereit:

Frau Consistorialrath Frank, Heilige Geistgasse 95.

Frau Pastor Brauerwetter, Frauengasse 51.

Frau Director Böckel, Hundegasse 10.

Der Vorstand des Diaconie-Vereins zu St. Marien.

Frank,
Vorsitzender.

H. Lindemann,

Berlin C., Mühl-Gasse Nr. 18,
versendet gegen Nachnahme oder vorherige Ein-
sendung des Betrages mit dreijährigem Garan-
tischein wie bekannt auf das Reelle und
zuverlässige:

Silberne Herren-Uhren mit doppelter Goldrand à 11 M. Silberne Herren-Anker-Uhren mit Remontoir, 15 Steine, à 18 u. 22 M. gold. Damen-Remontoir-Uhren, 8—10 Steine à 22½ und 25 M. goldene Herren-Anker-Remontoir-Savonette (goldene Kapitel über dem Glase) à 70, 85 und 95 M. Umtausch gestattet! Bei vorheriger Einwendung des Betrages erfolgt die Absehung frank!

Glückmüllers Gewinnerfolge sind rühmlichst bekannt.

Nächste Ziehung 7. bis 12. Dezember.

Rothe Kreuz-Loose à Mk. 3,30

Porto u. Liste 30 & extra. Nur Geldgewinne.

Hauptgewinn 100000 Mark

50,000 Mark, 25,000 Mark, 15,000 Mark,

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5

beim Kgl. Schloss.

2 à 10,000 Mark, 4 à 5000 Mark, 10 à 1000 Mark

u. s. w., total 16.870 Geldgewinne

575,000 Mark ohne Abzug.

Ferner: Weimar-Loose à 1 Mark, Porto u. Liste

Hauptgewinn 50,000 Mark im Werthe von

zu beziehen durch das Bankgeschäft

Ludwig Müller & Co., Berlin C., Breitestr. 5